

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1238.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Zentralverwaltung des Freistaats Sachsen und des Freistaats Thüringen

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn in der 50. Woche vom 8. Dezember bis 4. Dezember 1923 1 Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Millionen M., Einzelnummer 200 Millionen M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 287

Dresden, Dienstag den 11. Dezember 1923

34. Jahrg.

## Die gefährliche Vollmacht

Am das Ermächtigungsgesetz, das am Sonntag im Reichstage mit den Stimmen der Sozialdemokratie angenommen wurde, hat sich in der Presse eine lebhafte Diskussion entwickelt. Wir haben die Gründe, die unsere Fraktionsmehrheit zu ihrer Haltung bewegen, ausführlich dargestellt, um uns entschieden dagegen zu erklären. Die Fraktionsmehrheit kannte die starke Segnerschaft, die im Laufe der vergangenen Woche innerhalb der Sozialdemokratie gegen das Ermächtigungsgesetz aufkam; sie hat es trotzdem angenommen und dabei dem Kabinett Marx einen größeren Dienst erwiesen als der Partei.

Mit dem Ermächtigungsgesetz wird dem Kabinett Marx die Vollmacht erteilt, ohne Befragung des Reichstages die einschneidenden Maßnahmen zu verfügen, sobald es das Kabinett für nötig hält. Als der Regierung Stresemann ein solches Ermächtigungsgesetz bewilligt wurde, sahen drei Sozialdemokraten in diesem Kabinett. Schon diese Blankovollmacht für Stresemann Nr. 2 war für die Sozialdemokratie ein großes Wagnis. Aber es wurde verteidigt mit der Erklärung, daß mit unserem Austritt aus der Regierungskoalition gleichzeitig auch dieses Gesetz fielen. Welche Sicherungen gegen eine volksgefährliche Anwendung dieser Blankovollmacht hat die Sozialdemokratie jetzt? Keiner! Die Gründe, die unsere Fraktionsmehrheit für ihre weiten Teilen der Partei unverständliche Haltung ins Feld zu führen hat, sind kurz zusammengefaßt folgende:

Wäre das Ermächtigungsgesetz abgelehnt worden, so gäbe es ersten Wahnen unsern Ausnahmestand; zweitens könnte durch eine parlamentarische, von Wahlen durchsetzte Zeit die wirtschaftliche Lage, die gegenwärtig einen Anlauf zur Besserung genommen hat, wiederum schwer erschüttert, die Arbeiterschaft dadurch schwer geschädigt werden; drittens seien erfolgversprechende Verhandlungen mit dem Ausland im Gange, die durch Auflösung des Reichstages getrübt werden könnten; und viertens wäre es der Regierung auch ohne Ermächtigungsgesetz möglich, nach Auflösung des Reichstages mit Artikel 48 zu regieren, der ihr weitergehende Vollmachten gebe als das jetzt angenommene Ermächtigungsgesetz.

Jedes dieser Argumente läßt sich durch einen nicht minder schweren Einwand abtun. Verfahren wir kurz nach der Reihe: Erstens: Wer gibt uns die Garantie, daß im Juni des kommenden Jahres, wenn die Reichstagswahlen kämfig sind, nicht auch unsern Ausnahmestand geschädigt werden wird? Zweitens: Weshalb muß sich die wirtschaftliche Lage durch Neuwahlen verschlechtern? Ein Wahltag hat gewöhnlich eine Reinigung der politischen Atmosphäre zur Folge, während die Angst vor Neuwahlen die Autorität eines Staates oder eines Parlamentes bedroht; schließlich, daß ohnehin niemand rechtes Vertrauen zu uns hat. Drittens: Warum sollten die Verhandlungen mit dem Ausland von einer Regierung nicht auch während eines Wahlkampfes weitergeführt werden können, der noch dazu eine gefestigtere Basis für eine kommende Regierung geschaffen hätte? Außerdem sind in den letzten drei Jahren die „außenpolitischen Wirkungen“ schon bei so vielen politischen Streitfragen als Popanz aufgerichtet worden, daß man von vornherein die Absicht merkt und bestimmt wird. Viertens: Die Regierung mit dem Artikel 48 wäre in der Stunde zu Ende gewesen, da der neue Reichstag zusammentrat, und die Verantwortung für das, was die Regierung Marx in dieser Zeit angerichtet hätte, trügen die Parteien, die der Regierung Marx in den Sattel verhalfen. Wer aber trägt die Verantwortung jetzt?

Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit erklärt: Wir gaben zwar das Ermächtigungsgesetz, doch die Verantwortung für das, was daraus entsteht, kommt über die Haupt der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Das ist parlamentarisch betrachtet ein unmöglicher Standpunkt. Man denke sich eine Situation, in der sämtliche Parteien eines Parlamentes einer Regierung zur Macht verhelfen, die Vollmachten zu beliebigen Maßnahmen erteilen und dann erklären: Die Verantwortung für das Kommende trägt niemand von uns! An wen soll sich in diesem Falle das Volk wenden? Wen soll es zur Rechenschaft ziehen? Mit dieser Methode schaltet sich ein Parlament selbst aus und jede Partei, die sich ihrer schuldig macht, bringt sich und den Parlamentarismus um das Vertrauen der Volksmassen.

Der Vorwärts — auf das nahe Umfallegerammel des Sozialparlamentarismus wollen wir überhaupt nicht eingehen! — also der Vorwärts ringt mahnd die Hände und erjudet die Parteigenossen um eine sachliche Diskussion. Er fühlt wohl selbst, wie schwer es für viele von uns sein muß, angesichts solcher Entscheidungen sachlich zu bleiben. Auf dem kommenden Parteitag wird darüber getrachtet werden müssen, was zu tun ist, daß künftig die Reichspolitik der Fraktion nicht dauernd in solch scharfem Gegensatz zu den Grundfähen und dem Willen eines starken Teiles der Partei steht. Wir geben nachstehend drei Stimmen wieder,

deren jede deshalb interessant ist, weil sie drei verschiedenen Lagern entstammen. Sei Volk, das Organ der holländischen Sozialdemokratie, steht seit langem auf dem gemäßigten Flügel der Internationale. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker ist das Organ einer wahrlich nicht hyperbalkalen Gewerkschaftsleitung. Und Hans v. Gerlach gehört zum linken Flügel der bürgerlichen Demokratie.

Sei Volk:

Sowohl die Parteivorgänger als unsere Berichterstatter hatten allen Grund, mit Sicherheit die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes zu erwarten. Die nähere Mitteilung über die Gründe, die plötzlich zu einer Änderung in der Haltung führten, behält uns in unserm Zweifel an der Richtigkeit. Es ist der neuen Regierung gegliedert, durch die Drohung mit der Auflösung des Reichstages eine nicht sehr große Mehrheit der Fraktion zu gewinnen. Und wenn im allgemeinen gesagt werden kann, daß eine Partei, die ihre Angst vor den Wählern zu erkennen, öffentlich zu erkennen gibt, ihre Macht als Opposition verliert, so gilt dies um so mehr von einer Partei, von deren Haltung das Kabinett Marx so abhängig ist als von der großen sozialdemokratischen Fraktion. Wir der erwarteten Drohung hat die Regierung die Fraktion nimmte zum Nachgeben gezwungen, und es liegt kein Grund vor, zu glauben, daß bei anderen Gelegenheiten diese Drohung nicht wieder gegen die Sozialdemokratie angewandt werden wird. Wie die in der Folge ihrer Opposition noch einige Kraft verlieren kann, da nun doch so viele einschneidende Beschlüsse gefaßt werden müssen, wird wohl niemand sagen können.

Wohl ist das Ermächtigungsgesetz, um die Stimmen der Sozialdemokratie zu gewinnen, durch die Regierung geändert worden: eine Reichstagskommission von 15 Mitgliedern soll beauftragt sein, alle Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Gesetzes erläßt, zu beurteilen. ... Aber auch wenn theoretisch die Pümpfheit der Kommission, in welcher natürlich auch die sozialdemokratische Partei vertreten wäre, von einiger Bedeutung sein könnte, so weiß man doch, daß alles von der Macht abhängt, die eine Minorität in dieser Kommission hat. Und wie soll eine sozialdemokratische Minorität in dieser Kommission sich mit der mehrheitlich höchst notwendigen Macht geltend machen können, da sie nun eine parlamentarische Fraktion vertritt, die von der Regierung ganz sichtbar geschnitten wird? ... Niemand verkennt die unheimlichen Schwierigkeiten, die die Sozialdemokratie angesichts der völlig verarmten und halberwertigten Arbeitermassen und der damit verbundenen zerrütteten Organisation in einem Wahlkampf zu begegnen haben. Aber Wahlen müssen in jedem Falle doch gehalten werden. Und die Politik, die in der letzten Zeit von der Fraktionsmehrheit geführt worden ist und mit dieser Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz fortgesetzt wird, wird wahrscheinlich alle Schwierigkeiten noch vergrößern.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker:

... Daß der Reichspräsident in der Erbvertragsfrage Stresemann als Reichskanzler vor den republikanischen Generalstabschef als obersten Wehrführer einsetzen konnte, ist ein ganz und gar unfaßbar. Im letzten Kriegsjahre hätte man die dem Staat erhabenen Schäden durch die Rubensdorff-Diktatur so gut erkannt, daß vielfach der Ruf nach Entmilitarisierung

der Politik erklang. Obert ist ein Hunger Kopf und er verdient in seiner sehr schwierigen Position keineswegs die immer in Eile tempo kommenden Mißtrauensvoten. Aber was seit dem 17. September (Belagerungszustand) in Deutschland sich abgespielt hat, welche Rolle der sonst so im verborgenen lebenden und im Grunde so auch überflüssigen Reichswehr ausgekommen ist und wie die Presse wieder einmal die bösen Seiten des Reichswehrvertrages durchschaut, und wie die unglückliche und eines großen Landes auch unwürdige 4-18-Regierung zum Spott geworden ist, das sind denn doch Dinge, für die allein nicht der Reichsanwalt verantwortlich gemacht werden kann, weil sie auch davon abhängig sind, ob der Reichspräsident dabei mitgeht.

Das bei der Vorstellung der neuen Regierung am 4. Dezember geforderte neue „Heine“ Ermächtigungsgesetz für „nur kurze Zeit“ ist aber vor allem ein Prüftest, wobei die Kraft gehen soll. Den Reichstag noch weiter ausschalten als bisher und dafür die Diktatur umfassender berechnen zu lassen — sogar die Regierung soll nach Verlautbarungen von rechts auf ein energieloses, beschließendes Kabinett von 4 Mitgliedern mit Diktaturrecht beschränkt sein — muß abgelehnt werden! Die Erfahrungen mit dem Septemberermächtigungsgesetz haben doch gezeigt, daß alle darauf basierenden Maßnahmen sich zu neuem Protest gegen die Arbeiter- und Angeestelltenchaft richten.

Sei mit v. Gerlach in der Welt am Montag:

„Ich kenne die Gründe derer, die das Ermächtigungsgesetz als das kleinste Übel ansehen, und ich würde sie. Dennoch — ich hätte mit den 53 der sozialdemokratischen Minorität gegen die 78 gestimmt.“

Das Ministerium Marx verdient kein Vertrauensvotum irgendeines Reichstages. Weder seiner Zusammenfassung noch seinem sogenannten Programm nach. Die Programmrede des Herrn Marx war ganz das, was sie bei einem solchen Kabinett sein mußte: die Rede eines guten Mannes, der eine schlechte Sache vertritt. Sie brachte fast nichts, und was sie brachte, taugte nichts.

Wir wissen nun, daß gegen Bayern nichts geschehen wird. Wir wissen nun, daß die Militärdiktatur aufrechterhalten wird. Dabei verschärfte sie sich täglich in ihrer Anwendung gegen links. Soeben ist ein so verständiges Wahl wie die sozialdemokratische Volkstimme in Frankfurt a. M. verboten worden. Aus Thüringen und Sachsen häufen sich herab die Beschwerden über das Verfahren der Reichswehr. In Sachsen ist sie eine Art Oberregierung geworden, die alle ihre unvollkommenen Beamten entfernt und den ganzen Verwaltungsapparat nach ihren Wünschen ummodelliert. Wer einen Einblick in die heutigen Zustände in Sachsen bekommen will, dem empfehle ich die Sächsische Schulzeitung (Dresden, Kießlingstraße 5) vom 5. Dezember zu lesen. Geiz und Empörung überkommen einen.

Für all das ist, wenn auch nicht juristisch, so doch politisch, Herr Marx letzten Endes verantwortlich. Und ihm wird eine Blankovollmacht durch das Ermächtigungsgesetz erteilt. Er kann auf Wochen und aber Wochen schalten und walten, wie er will. Er wird nicht mehr behindert durch den Reichstag. Er hat legislative Allmacht. Denn der Pfingstenerauspruch, der als „Koncession an die Sozialdemokratie“ neben ihm gestellt worden ist, ist nur Augenwäscher für ein sehr dummes Publikum. Er hat nur beratende, nicht beschließende Stimme, ist also ein schamloses Desolat. Stärker als je besteht heute das Bedürfnis, die Parole auszugeben: Für die Sozialdemokratie ist es jetzt die Mehrheit in der Fraktion bedingt.

## Die Butschhelden Kahr und Löffow

München, 10. Dezember. (Sig. Draht.)

Nachdem seit dem 9. November eine Unmenge von Flugblättern aus dem Lager der süddeutschen Faschisten und außerdem eine Reihe von Zeitungsartikeln sich um eine Darstellung der Vorgänge in der Münchner Butschnacht bemüht haben, vertritt es nun der Reichsbeirat der rechtsseitigen Reichswehr, Professor Dr. Feld mit einer hellenlangten Verteidigungsschrift die er an die Redaktionen der Münchner Zeitungen schickte. Entsprechend der Genferkonferenz wurde diese Darstellung dem Generalstabschef mitgeteilt und dieser fühlte sich genötigt, „in diesem besonderen Fall“ dem Ersuchen um Veröffentlichung stattzugeben unter der Bedingung, daß gleichzeitig auch seine Antwort auf die Schilderung seiner Gegner, die sich bekanntlich nur im Tempo von ihm unterschieden haben, mit abgedruckt wird. Beide Darstellungen bringen nichts wesentlich Neues. Hätten vor allem nicht auf, was in der Zeit zwischen 11 und 1 Uhr nachts bei Kahr und seiner Umgebung vor sich gegangen ist, berichten über den Eindruck, daß Kahr und seine Freunde bis in die Morgenstunden der Butschnacht des Glaubens waren und sein mußten, daß Kahr, Löffow und Seiber treu an ihre Seite standen.

Im einzelnen beginnt die Darstellung mit der Feststellung Gitters, daß er bei seiner berühmten Redebeziehung am 9. November tatsächlich nicht bei Kahr gewesen ist. Daß Herr v. Kahr demgegenüber in der ersten Pressekonferenz vom 10. November ausdrücklich die seinerzeitige Anwesenheit Gitters feststellen konnte, bezieht jedenfalls recht merkwürdig. Interessant sind auch die Behauptungen Gitters mit Löffow und Seiber vor dem 8. November, die Gitter vollkommen abwegig überzeugt hatten, daß diese Herren selbst zum Loschlagen bereit seien und mit nach Berlin marschieren würden. Der Plan wurde auch im einzelnen besprochen und festgelegt, der Auftrag einer deutschen nationalen Regierung in Bayern, die Verteilung der Rente und die Art des militärischen Vorgehens sind genau erörtert worden. Interesse erregt auch die unüberprüfte Mitteilung Gitters, daß Seiber damals nach Berlin zu General Seidt gefahren ist und dort Abmachungen getroffen hat, die den verabschiedeten Butschplänen widersprechen.

Besonders lebendig schildert Gitter, wie nach dem Ueberfall die Herren Kahr, Löffow, Seiber für den Staatsfeind gemommen wurden. „Am ersten“, so heißt es, „entschloß sich Herr v. Löffow, dem Beispiel Seibers folgend, Rubensdorff zu folgen. Gitter

Rubensdorff hatte ihm angesprochen: „Also Löffow, tun Sie mit und schlagen Sie in meine Hand!“ Und v. Löffow richtete sich sofort nach dem Ruf, „Kug in Kug standen sich die beiden Generale gegenüber und v. Löffow schlug ein in die Hand Rubensdorffs. Von Seiber, nicht minder bereit und nicht minder ehrlich überzeugt, streckte von selbst Rubensdorff die Hand entgegen zur Begrüßung des Beschlusses zur gemeinsamen Arbeit.“ Von Kahr stand allein noch abseits und zeigte sich sehr erregt, daß er von Gitter mitten in seiner antimarxistischen Programmrede gestört worden sei. Aber Gitter drang in ihn, hole ihn dann mit jubelndem Beifall aus der unteren Tribüne und halte ihn in der Versammlung herbei und Kahr erklärte nun ehrlich überzeugt und ergriffen: „Nun gut, ich bin bereit, aber nur unter der Bedingung: Wir haben doch hier alle als Monarchisten. Ich werde das Amt eines Landesverwesers nur übernehmen als Statthalter Sr. Majestät des Königs.“ Gitter beruhigte auch diese Bedenken mit den Worten: „Es geht mir vor allem um die gute Sache des Reichs, das vor fünf Jahren eine Horde gemeiner Verbrecher an die Macht brachte.“

Die Wichtigkeit dieser temperamentvollen Darstellung will Herr v. Kahr der Prüfung durch das Strafverfahren vorbehalten. Dabei sollte es zum mindesten auch möglich sein, die immer noch bunten Fanksprüche Angelegenheit Kahr in der Butschnacht vollständig aufzuklären. In diesem anerkennenden, telegamm an die bayerischen Regierungspräsidenten liegt zweifellos mit der Schließung zur Aufklärung der nach wie vor im Dunkeln gehaltenen Ereignisse. Vor allem geht auch aus dieser Darstellung hervor, daß sich Kahr, Löffow und Rubensdorff heute zu Unrecht als Staatsretter und Richter über Gitter, Rubensdorff usw. aufspielen.

### Rupprecht der Vorkämpfer

Wie uns aus München von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat sich Herr Rupprecht am 8. November von München nach Innsbruck in Sicherheit gebracht. Er „nimmt“ die kommenden Dinge und fürchtet, ähnlich wie Kahr von Herrn Gitter in den Anwesenheit gekommen zu werden. Als Gitter und Rubensdorff nach mehreren Stunden erliegt waren, schrieb Rupprecht wieder Rubensdorff nach München zurück. Er will natürlich König werden, aber er möchte sich den Termin selber vorbehalten und nicht von Herrn Gitter beschreiben lassen.